

Ernährungsvision

Jeder Mensch hat ausreichend saisonale, regionale, reine und naturbelassene Nahrungsmittel zur Verfügung.

Über Generationen haben sich Modelle traditioneller Landwirtschaft entwickelt, die an die Gegebenheiten des jeweiligen Landes und die natürlichen Ressourcen der Region angepasst sind. Die industrielle globalisierte Landwirtschaft und Agrarkonzerne basieren auf dem Konzept der Vermehrung von Kapital, um profitmaximierend Lebensmittel zu produzieren. Da dabei die natürliche Balance des Bodens nicht berücksichtigt wird, kommt es zur Unfruchtbarkeit weiter Landstriche. Durch **ökologische Landwirtschaft** ist es möglich, die Regenerationsfähigkeit der Erde langfristig zu erhalten und dadurch ausreichend Nahrung für alle zu produzieren, ohne immer mehr Flächen, zum Beispiel in Ur- und Regenwaldgebieten, zu kultivieren.

Lebensmittelsicherheit für alle Menschen ist dann möglich, wenn traditionelle Landnutzung durch die lokale Bevölkerung uneingeschränkten Vorrang hat. Außerdem müssen Verluste während der Lagerung und der Verarbeitung der Ernte eingedämmt werden. Auch im Lebensmittelhandel, in der Gastronomie und in Privathaushalten muss Verschwendung von Nahrungsmitteln verhindert werden. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Vermeidung von Überproduktion.

Aufgrund der ungeklärten Risiken und mangelnder unabhängiger wissenschaftlicher Langzeitstudien lehnen wir den Einsatz von Gentechnik und Nanotechnologie in der Landwirtschaft ab. Nur so kann verhindert werden, dass eventuelle negative Auswirkungen unumkehrbar in unserem Ökosystem verankert werden.

Kritischer Konsum

Wir fordern die Lebensmittelproduzenten/innen auf, die gesamte Produktionskette nach den Kriterien des nachhaltigen und fairen Wirtschaftens zu gestalten. Die Politik ist in der Verantwortung, dafür klare Richtlinien zu erlassen und deren Einhaltung durchzusetzen. Ihre Aufgabe ist es ebenfalls, für den Verbraucher eine leicht verständliche, transparente und einheitliche Kennzeichnung zu schaffen.

Der/die Verbraucher/in sollte seine Produktwahl kritisch hinterfragen und seine/ihre Macht als Konsument/in gezielt einsetzen.

Konventionelle Tierprodukte sind abzulehnen. Die einzige Alternative bilden tierische Lebensmittel aus artgerechter und biologischer Erzeugung (sofern sie konsumiert werden). Eine massive Reduzierung des Konsums von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln ist aus folgenden Gründen notwendig:

Die Nutztierhaltung erzeugt mehr klimaschädliche Gase als der gesamte Verkehrssektor. Eine weitere Umweltproblematik stellt z.B. die großflächige Abholzung des Regenwaldes dar.

Der deutliche höhere und ineffiziente Flächenverbrauch in der Produktion von tierischen im Vergleich zu pflanzlichen Nahrungsmitteln führt zu Ernährungsknappheit und -ungerechtigkeit.

Außerdem lehnt die BUNDjugend die kommerzielle Ausbeutung von Tieren z.B. in Form von Massentierhaltung strikt ab.

Aufgrund unterschiedlicher Umwelt- und Sozialaspekte ist der industrielle Großfischfang abzulehnen, z.B. Überfischung der Meere und Zerstörung von Biotopen sowie die Zerstörung der Lebensgrundlage von Kleinfischern. Konventionelle Aquakulturen fallen unter die Massentierhaltungsproblematik.

Aus diesen Gründen ist eine vegetarische oder sogar vegane Ernährung empfehlenswert.

Nahrungsproduktion und Artenschutz bedingen sich gegenseitig und wahren das biologische Gleichgewicht

Nur durch eine vollständige Umstellung auf biologischen Landbau ist es möglich, die **Artenvielfalt** zu erhalten. Denn die intensive Landwirtschaft, basierend auf hohem Einsatz von Pestiziden und Düngern, dem sofortigen Umbruch abgeernteter Felder und dem Einsatz großer Maschinen, Bodenverdichtung und verstärkter Flächennutzung nimmt vielen Pflanzen und Tieren die Lebensgrundlage. Ein erheblicher Teil der einheimischen Tierarten, wie der Feldhamster, sind dadurch europaweit bereits ausgestorben, oder akut vom Aussterben bedroht. Artenvielfalt ist wichtig zum Erhalt eines biologischen Gleichgewichts, das unsere Lebensgrundlage darstellt, uns vor Naturkatastrophen bewahrt und deshalb geschützt werden muss.

Eine Rückkehr vom Anbau einheitlicher, hochgezüchteter Arten oder Hybride, zu **heimischen Pflanzenarten**, die in einer **regenerierenden Fruchtfolge** angebaut werden, erhält die Biodiversität. Dass das häufig angebrachte Argument, Artenschutz sei wirtschaftlich nicht rentabel, nicht richtig ist, beweisen viele Beispiele von Landwirten/innen, die zum Anbau traditioneller Getreidearten zurückgekehrt sind. Massentierhaltung und die damit einhergehende Überzüchtung verursacht das Aussterben vieler Nutztierassen, die durch Hochleistungsrassen ersetzt werden, und fördert einen unverhältnismäßigen Fleischkonsum, der weder für Umwelt und Klima, noch für den Menschen gesund ist.¹

Jeder Mensch hat das Recht auf Vermehrung und Züchtung von naturbelassenem Saatgut. Patente auf Leben werden abgeschafft.

Im Agrar- und Lebensmittelsektor erheben multinationale Konzerne profitorientiert **Patentansprüche** auf genetisches Material von gezüchteten Pflanzensorten, denen das Europäische Patentamt (EPA) bereits entsprechen kann. Das WTO-Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS) soll in den Mitgliedsländern eine Verschärfung von Patentgesetzen einführen. Durch diese Maßnahmen verlieren Landwirte/innen das Recht auf Wiederaussaat geernteter Samen und Züchter/innen die Möglichkeit der freien Kombination von Saatgutsorten, wenn ein/e Patentinhaber/in seine/ihre Zustimmung zur Nutzung geben muss und womöglich Lizenzgebühren auf bestimmtes genetisches Material erhebt. Betroffen sind besonders Landwirte/innen und Züchter/innen der sogenannten Entwicklungsländer, welche sich den Zahlungsforderungen von multinationalen Großkonzernen schutz- und machtlos gegenüber sehen. Die Möglichkeit, Gene und Genkombinationen für sich zu beanspruchen und Lizenzgebühren für Landwirte zu erheben, die Saatgut anpflanzen und Tiere züchten, muss ausgeschlossen werden. Alle Menschen haben das Recht, kostenfrei zur Nahrungsproduktion auf Wissen um Züchtung und Wiederaussaat zurück zu greifen.

Jeder Mensch hat Zugang zu sauberem Trinkwasser und geht damit zum Schutz der Wasserressourcen sparsam und sinnvoll um.

Die Bereitstellung von Trinkwasser und die umweltgerechte Aufbereitung des Abwassers muss durch die öffentliche Hand oder Genossenschaften organisiert werden, da bei jeder Form von Privatisierung oder sogenannten *Public-Private-Partnerships* die Einflussnahme auf die Investitionen und Wasserpreise eingeschränkt oder unmöglich wäre.

Die Aufgabe der Kommune ist der Ausbau und die Wartung eines umfassenden **Wasserleitungssystems**, zu dem alle Menschen ausreichenden Zugang haben. Wasserpreise, die zur Finanzierung des Wassernetzes erhoben werden, müssen nach Einkommen der Konsumenten/innen gestaffelt werden, da der Zugang zu trinkbarem Wasser als Lebensgrundlage und Menschenrecht nicht vom Einkommen abhängen darf.

¹ BUND: Mehr Artenschutz in der Landwirtschaft.

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/landwirtschaft/artenschutz/

Leitungswasser muss weltweit **trinkbar** sein. Es sollte gegenüber kommerziell abgefülltem Wasser in Plastik- und Glasflaschen immer Vorrang haben. Der Import von Wasser muss vermieden werden.

Fossile Wasservorräte, besonders wenn sie zum Staatsgebiet verschiedener Länder gehören, müssen sensibel verwaltet, gerecht aufgeteilt, und dürfen nicht für kurzfristige Projekte wie Landwirtschaft in Wüstengebieten genutzt werden. Großprojekte, wie der Bau von Staudämmen oder die Begrenzung von Flüssen, erfordern die Zustimmung der ansässigen Bevölkerung und unterliegen strengen Regelungen zum Schutz der Umwelt und der Prüfung durch unabhängige Experten/innen. Die Wasserversorgung betroffener Regionen darf dabei nicht gefährdet werden. Maßnahmen zum Schutz des Klimas erhalten die Trinkwasserversorgung an gletschergespeisten Flüssen und sind somit lebensnotwendig.

Lebensmittelpreise entsprechen den tatsächlichen Kosten der Produktion.

Regionale Lebensmittel müssen Vorrang vor Lebensmitteln des internationalen Marktes haben. Der Weltmarkt hat eine ergänzende Funktion und basiert auf der Einhaltung der Menschenrechte und des nachhaltigen Wirtschaftens. Preise dürfen nicht durch umwelt- und sozial unverträgliche **Subventionen** manipuliert werden. So können Überproduktion und Wertdumping auf dem Lebensmittelmarkt verhindert werden, und Preise die Kosten und den Lebensunterhalt der Produzenten decken. Darüber hinaus ist jeder Spekulation mit Lebensmitteln ohne Anbindung an die Realwirtschaft sowie der Spekulation mit Ackerflächen Einhalt zu gebieten.

Beschlossen von der Bundesjugendversammlung der BUNDjugend vom 20. bis 22.Mai 2011 in Rotenburg a.d. Fulda.